Rheinland-Pfalz setzt Zielvereinbarung mit Ditib fort

17. April 2021



Mainz (KNA) Rheinland-Pfalz setzt die Zielvereinbarung mit der islamischen Religionsgemeinschaft Ditib nach Kritik fort. Der Landesverband hatte den umstrittenen türkischen Historiker Ahmet Simsirgil, der mit antisemitischen, verschwörungsideologischen und homophoben Äußerungen aufgefallen war, zu einem Online-Vortrag eingeladen und die Veranstaltung nach Kritik kurzfristig abgesagt.

„Der Ditib Landesverband hat nun Verantwortung übernommen und einschneidende Konsequenzen gezogen. Dies nicht nur personell, sondern auch strukturell“, sagte Kulturminister Konrad Wolf (SPD) am Freitag. Der Prozess der Zielvereinbarung solle weitergeführt und wie geplant im Herbst ausgewertet werden.

In Zuge der Kritik waren der langjährige Ditib-Landesvorsitzende Yilmaz Yildiz und Generalsekretär Necdettin Aydin zurückgetreten. Auch distanzierte sich der Verband in einer Stellungnahme auf seiner Internetseite ausdrücklich von entwürdigenden Denkmustern, verschwörungstheoretischen Erzählungen, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Zugleich verpflichtete sich Ditib zu einer Compliance-Richtlinie mit Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Kulturminister Wolf betonte, es sei erkennbar, dass der Verband den internen Reformprozess fortsetzen wolle. Auch zeige der Fall, dass die Zielvereinbarung wirke. Dadurch habe die Landesregierung vom Ditib-Landesverband Konsequenzen einfordern können. In den kommenden Wochen werde genau geprüft, ob die angekündigten Schritte Wirkung zeigten.

Die 2020 geschlossene Zielvereinbarung ist ein weiterer Schritt der Zusammenarbeit des Landes mit vier islamischen Religionsgemeinschaften, bei der es auch um islamischen Religionsunterricht und einen Studiengang in islamischer Theologie gehen soll. Sie ist ein Zwischenschritt zu einem Grundlagenvertrag und umfasst Aussagen zu gemeinsamen Werten. Die Landesverbände der Ditib, der Schura und der Ahmadiyya Muslime sowie der Verband der Islamischen Kulturzentren verpflichten sich unter anderem, ihre Strukturen unabhängig vom Einfluss Dritter auszurichten.

© KNA

Beitragsbild: © Landtag Rheinland-Pfalz/T. Silz

Stand: 16. November 2026